

**Ombudsstelle SRG.D**

Dr. Esther Girsberger, Co-Leitung  
Kurt Schöbi, Co-Leitung  
c/o SRG Deutschschweiz  
Fernsehstrasse 1-4  
8052 Zürich

E-Mail: [leitung@ombudsstellesrgd.ch](mailto:leitung@ombudsstellesrgd.ch)

Zürich, 12. Juli 2021

**Dossier 7734, «10vor10» vom 9. Juni 2021 – «Erhöhung Rentenalter für Frauen»**

Sehr geehrter Herr X

Mit Mail vom 9. Juni 2021 beanstanden Sie obige Sendung wie folgt: *«Gerne möchte ich den heutigen 10vor10 Beitrag betreffend der Rentenaltererhöhung der Frauen auf 65 beanstanden. Dass ausschliesslich SP Politikerin Gysi sich zum Ergebnis äussern konnte und mit zusammenhanglosen Argumenten das Ergebnis zerplückt finde ich problematisch. Fast 2 Drittel im Nationalrat haben die Vorlage angenommen, weshalb ich die Berichterstattung nicht ausgeglichen finde. Zumindest hätte ein "Gewinner/In" der Vorlage ebenfalls die Möglichkeit haben sollen um zu erklären, wieso die Annahme eben gut ist.»*

**Die Ombudsstelle** hält abschliessend fest:

Im dem dem «FOKUS»-Gespräch vorangegangenen Ratsbericht wurden eine Vertreterin der Linken und ein Vertreter der SVP bei ihren Voten am Rednerpult gezeigt und betont, dass die Erhöhung des Frauenrentenalters eine klare Mehrheit in den Räten ergeben hat. Die Berichterstattung über die Erhöhung des Frauenrentenalters war ausgewogen.

Das Thema ist seit Jahren ein «Dauerbrenner» und es sind seit Jahren die Grünen und die SP, die sich gegen die Erhöhung des Frauenrentenalters wehren. Sie sind es auch, die die letzten AHV-Revisionen zu Fall gebracht haben. Es ist naheliegend, dass man nicht einen Gast einlädt, der die Mehrheit der Ratsmeinung vertritt, sondern eine Vertreterin derjenigen, die das Referendum ergreifen will. Zudem findet das «FOKUS»-Gespräch, das sich als ergänzendes Sendegefäss innerhalb von «10vor10» etabliert hat, immer nur mit einer Person statt.

Es ist ein kritisches Gespräch und es vertritt der Interviewende des Gastes immer die Gegenposition. So hat Gion-Duri Vincenz den Finger auf die wunden Punkte gelegt und mehrmals kritisch nachgehakt: Die AHV brauche das Geld hier und jetzt, die SP und Grünen würden zwei Dinge miteinander vermischen (AHV und 2. Säule), die Frauen würden mit der beschlossenen Übergangsrente sogar bevorteilt und eigentlich müsste man sich auf die Verbesserungen für die Frauen bei den Pensionskassenleistungen konzentrieren.

Allein die Auswahl des Gastes macht die Einseitigkeit nicht aus, zumal die vorangegangene Berichterstattung das Für und Wider auch durch Parlamentsmitglieder sachgerecht wiedergegeben hat.

Wir können deshalb keine Verletzung der einschlägigen Bestimmungen des Radio- und Fernsehgesetzes erkennen.

Wir hoffen, dass Sie dem öffentlichen Sender trotz Ihrer Kritik treu bleiben.

Sollten Sie in Erwägung ziehen, den rechtlichen Weg zu beschreiten und an die Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio- und Fernsehen (UBI) zu gelangen, lassen wir Ihnen im Anhang die Rechtsbelehrung zukommen.

Mit freundlichen Grüßen

Die Ombudsstelle SRG.D